

Haag, den 20.2.2013

Rundschreiben

**an alle Bayerischen Solar-Initiativen und Energie-Arbeitskreise der Agenda-21
und an die Energiegenossenschaften**

Mitgliederrundbrief zu den Vorhaben der Herren Altmaier und Rösler

Achtung-Achtung – es geht ums Ganze!

Liebe Solarfreunde und solare Mitstreiter und Mitstreiterinnen,

Just am Montag nach unserer mit so viel Zuversicht beendeten Tagung in Hof hat unser „Umweltminister“ Altmaier über die Presse mitgeteilt, dass er eine „Strompreisbremse“ einführen will, die die EEG-Umlage in 2014 auf dem derzeitigen Niveau einfrieren soll. Diese Pläne wurden am 13.2. durch eine Übereinkunft mit Wirtschaftsminister Rösler noch getoppt.

Bei http://wirtschaft.t-online.de/oekostrom-peter-altmaier-reagiert-auf-drohende-kostenexplosion/id_61892918/index war nachzulesen, was Altmaier zu diesen unheilvollen Vorschlägen bewog. Sein eigenes Ministerium und die Netzbetreiber errechneten allein bis Ende September eine Unterdeckung des Ökostrom-Kontos von bis zu 1,8 Milliarden Euro durch sinkende Börsenstrompreise.

Dort heißt es weiter: „Was Industrie und Versorgern beim Einkauf von Strom nutzt, bestraft den Verbraucher. Denn die müssen über die Umlage die Differenz zwischen dem Börsenstrompreis und dem auf 20 Jahre garantierten, festen Vergütungssatz für Solar- und Windstrom zahlen. Das heißt: Je niedriger der Börsenstrompreis für den Ökostrom ist, desto größer fällt die auf den Strompreis der Verbraucher umzulegende Differenz aus.“

Im Klartext: Schuld an der Kostenexplosion sind die Erneuerbaren weil durch sie der Strompreis so niedrig ist. Diese krause Logik entspricht teilweise den Tatsachen, denn es kommt immer wieder zu „Stromschwemmen“, die mitunter sogar zu negativen Strompreisen an der Börse führen. Diese Stromschwemmen könnte man allerdings auch dadurch vermeiden, dass man Atom- oder Kohlekraftwerke vom Netz nimmt bzw. den Atomausstieg beschleunigt. Davon ist allerdings weder bei Altmaier noch bei Rösler etwas zu lesen!

Die Vorschläge werden u.a. Folgendes bewirken:

1. Das Einfrieren der EEG-Umlage auf 5,3 Cent für die nächsten zwei Jahre bedeutet, dass ab August Neuanlagen keine Vergütungen mehr bekommen können. Damit ist der Ausbau tot.
2. Die Unsicherheit, in den ersten fünf Monaten ab Inbetriebnahme keine bzw. nur eine sehr geringe Vergütung zu bekommen, bedeutet, dass Banken ihre Bedingungen für Eigenkapital und Zinsen wesentlich erhöhen müssen. Das heißt, dass heute in Projektion befindliche größere Projekte (Windkraft, Biogas) ab sofort vielfach storniert werden.
3. Der „Energie-Soli“ für Bestandsanlagen ist eine rückwirkende Verringerung der gesetzlich für 20 Jahre garantierten Einspeisevergütung und ein bislang einmaliger Vertrauensbruch. Einige Betreiber werden in Insolvenz gehen müssen, was sogar die heutige Ökostromproduktion wieder verringern kann.
4. Die Vorschläge zur 20 %igen Kürzung der Windkraftvergütung bedeutet, dass in Bayern keine Windkraftanlagen mehr gebaut werden können.
5. Eine Bürgerbeteiligung an Windkraftanlagen und damit deren Akzeptanz in der Bevölkerung wird unmöglich gemacht.

Was steckt dahinter?

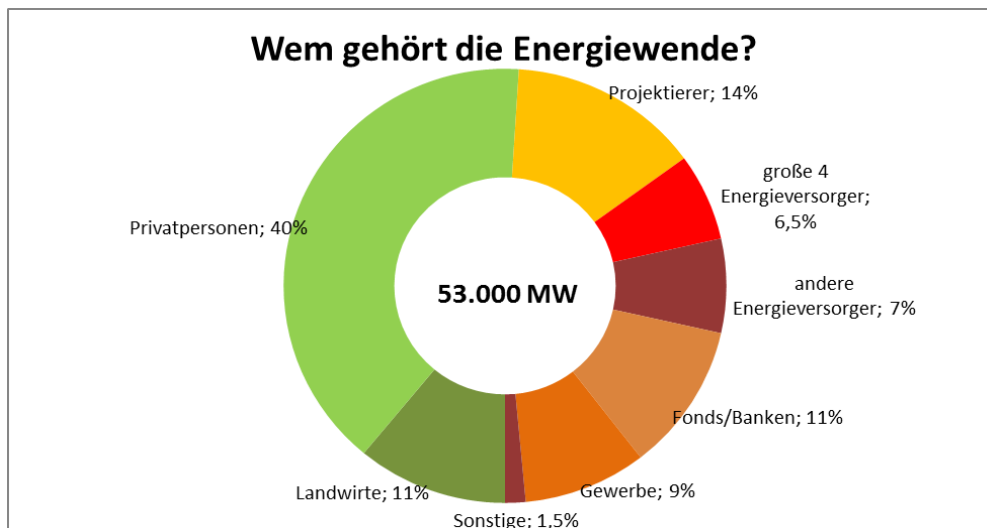
Erstes Ziel von Schwarz-Geld ist die sofortige Erzeugung von Verunsicherung bei Investoren, Firmen, Kommunen und v.a. Banken. Dadurch wird der Zubau sofort gebremst, denn seit der öffentlichen Ankündigung gibt es keinen Vertrauensschutz mehr für Anlagen, die bis zum Inkrafttreten eines evtl. Gesetzes gebaut werden.

Zweites Ziel ist eine Gesetzesänderung zum massiven Abbremsen der Energiewende und der Vorbereitung eines Rollbacks nach den Wahlen.

Drittes Ziel sind die Bundestagswahlen im September. Da vermutlich die Pläne aufgrund des Widerstandes der Opposition und der Länder nicht realisiert werden können, besteht die Gefahr, dass Rot-Grün für steigende Strompreise verantwortlich gemacht wird. Denn wenn alles so bleibt wie bisher, wird die EEG-Umlage vermutlich wirklich stark anwachsen und dies wird voraussichtlich noch vor den Wahlen in der Presse diskutiert werden.

Vorschläge für eine wirksamere Begrenzung der Strompreise unter Beibehaltung der Energiewende gibt es u.a. beim BEE, bei den Grünen und bei der SPD. Diese gilt es zu unterstützen!

Eine tatsächliche Entlastung der Bürger ist offensichtlich nicht das Ziel der Bundesregierung. Entlarvend ist hier eine Grafik aus dem BUND-Magazin vom Februar 2013, deren Zahlen für sich sprechen: nur 6,5% der Leistung aus Erneuerbaren Energien gehören den 4 großen Energieversorgern gegenüber 51%, die Privatpersonen und Landwirten gehören. Man braucht nicht mehr zu rätseln, wes Lied hier gesungen wird!



Anstatt aufgrund der erfreulichen Entwicklung der Erneuerbaren Energien den Atomausstieg zu beschleunigen, will man offensichtlich die Atomkraft sogar noch ausweiten.

In Gundremmingen soll die Leistung der Reaktorblöcke B und C noch in 2013 erhöht werden, wie der Pressespreche des AKW, Tobias Schmidt, bestätigte.

Raimund Kamm schreibt dazu in seiner Medienerklärung vom 18.2.2013:

„In Gundremmingen laufen die letzten zwei deutschen Siedewasserreaktoren. Alle anderen Atomreaktoren dieses Typs, der durch Fukushima eine schlimme Berühmtheit erlangt hat, sind in Deutschland stillgelegt worden. Schon 1999 hat der Essener RWE-Konzern als Betriebsführer des AKW Gundremmingen beantragt, durch eine Steigerung der Reaktorleistungen, die Atomstromproduktion in Gundremmingen auszuweiten. Insgesamt soll die Kapazität um fast so viele Kilowatt erhöht werden, wie der nebenan stehende und 1977 bei einem Unfall mit Totalschaden zerstörte Block A hatte.“

Diese Ausweitung der Atomstromproduktion, im Werbedeutsch „Leistungssteigerung“ genannt, soll nicht durch Umbauten sondern durch eine schärfere Reaktorfahrweise erreicht werden. Mittels einer schnelleren Umwälzung des Wassers im Hauptkreislauf sollen mehr Neutronen moderiert und so mehr Atome gespalten werden. Dadurch würde die Wärme- und Dampferzeugung wachsen. Zwangsläufig würde der Reaktor stärker beansprucht und die Sicherheitsreserven niedriger. Und es würden im Prinzip mehr radioaktive Gase über den AKW-Kamin freigesetzt, mehr Radioaktivität mit dem Abwasser in die Donau geleitet und mehr Atommüll erzeugt.“

Dass die angeblich hehren Ziele der Bundesregierung nichts als Augenauswischerei sind, zeigt auch, dass sie auf dem Auge der Preissteigerung der fossilen Brennstoffe blind sind. Nur wenn damit Stimmung an der Tankstelle gemacht werden kann, werden sie beachtet:

- Die steuerliche Absetzung von energetischen Sanierungen von Gebäuden im Bestand wurde nicht durchgesetzt.
- In der ENEC 2012 gibt es nur für Neubauten strengere Vorschriften.
- Die Entwicklung der E-Mobilität geht nicht voran.
- Der Ausbau der Schien wird weiterhin vernachlässigt.
- Auf EU-Ebene wendet sich die Regierung gegen Vorhaben, geringere Flottenverbräuche der Autohersteller zu fordern.
- Und – und - und

Die CDU: http://www.cdu.de/archiv/2370_35448.htm

Die CSU: keine Stellungnahme,

jedoch die einsame Stimme von MdB Josef Göppel:

<http://www.goepfel.de/presseberichte/2013/ueberraschender-vorstoss-zur-eeq-umlage.html>

Die FDP: <http://www.fdp.de/Sehr-gutes-Modell-vorgelegt/4225c17168i1p213/index.html>

Die Grünen: [http://www.hans-josef-](http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=793&Itemid=77)

[fell.de/content/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=793&Itemid=77](http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=793&Itemid=77)

Die Linke: [\[linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews\\[tt_news\\]=24197&tx_ttnews\\[backPid\\]=35&no_cache=1\]\(http://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews\[tt_news\]=24197&tx_ttnews\[backPid\]=35&no_cache=1\)](http://www.die-</p></div><div data-bbox=)

Die SPD:

http://www.spd.de/aktuelles/89732/20130214_strompreisbremse.html;jsessionid=924589DF1D8645C8D88FD4C04C1241C8

Leider wurde allein durch die ständigen Verunsicherungen der Bundesregierung bereits in der Vergangenheit und vor allem jetzt der Energiewende massiv Schaden zugefügt.

Jetzt gilt es alles daran zu setzen, dass dieser Unsinn nicht Gesetz wird!

Schreiben Sie an alle bayerischen Bundestagsabgeordnete, an die Minister Altmaier und Rösler und an unsere Bundeskanzlerin und kündigen Sie massiven Protest an: Wahntag ist Zahntag!(Die Liste der Mailadressen finden Sie in der Anlage)

Unterzeichnen Sie den Aufruf der „Kettenreaktion – Die Energiewende vorantreiben“ vom EEG-Bündnis Bayern: <http://eeq-buendnis.de/>

Kommt zur Demo am 9. März!



Der neue Sprecherkreis der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer-Solarinitiativen

Michael Buchberger – Herbert Eberhart – Elisabeth Fabian - Hans-Josef Fell – Werner Hillebrand-Hansen - Franz Lichtner - Daniel Miller- Heide Schmidt-Schuh

Anlagen: Hofer Resolution – Handlungsempfehlungen, Liste der Abgeordneten

Sie finden alle Beiträge unseres Jahrestreffens unter: <http://www.solarinitiativen.de/archives/994>